Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Nr. 213/2026
Kiel, 28.08.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Tierheime endlich solide finanzieren!

„Kein substanzieller Inhalt, wie den Tierheimen oder den betroffenen Kommunen geholfen werden soll. Gesprächs- und Austauschformate sollen es sein. Damit ist aber keinem Tierheim geholfen, das jetzt unter der Last erdrückt wird. Der Koalitions-Antrag ist ein zahnloser Tiger.“

Dr. Michael Schunck zu TOP 34 - Gemeinsam Verantwortung für den Tierschutz übernehmen (Drs. 20/4707)

Ich könnte meine Rede zum Thema Tierschutz und dessen Zuständigkeiten einfach abkürzen, in dem ich auf meine Rede zur Finanzierung von Tierheimen und Tierauffangstationen aus dem Sommer 2025 verweise. Wer sich die Rede noch einmal vor Augen führen möchte, findet diese im Plenarprotokoll zur 92. Sitzung.
Schon damals habe ich auf die desolate Finanzierung der Tierheime hingewiesen und dass das Land und der Bund die Kommunen damit im Regen stehen lassen. Es sollte uns allen klar sein, dass keine Kommune verpflichtet ist, ein Tierheim zu unterhalten. Allein diese Tatsache zeigt doch schon, dass der erneute Aufschlag zu diesem Thema von der SPD wichtig und richtig ist.
Sollen wir erst warten, bis die Tierheime wegen mangelhafter Finanzierung und Ausstattung schließen müssen? Und wo sollten dann die Ordnungsämter Fundtiere und Tiere, die bei Tierpreppern sichergestellt werden mussten, unterbringen?
Wir haben uns in jüngster Zeit mit der Katzenschutzverordnung, der neuen

Tierarztgebührenordnung und den Qualzuchten bei Heim- und Nutztieren ausgiebig mit dem Thema Tierwohl auseinandergesetzt. Da ist es an der Zeit, in Form einer landesweiten Tierschutzkonferenz alle öffentlichen Akteure und Tierauffangstationen an einem Tisch zu bringen und wie es die SPD fordert, eine tragbare finanzielle Lösung zu erarbeiten.
Schon heute werden notwendige Behandlungen zum Leidwesen der Vierbeiner von den Besitzern unterlassen, weil sie sich einen Tierarztbesuch schlicht nicht mehr leisten können. Es werden lebende Tiere auf dem Müll entsorgt oder ausgesetzt mit ungeahnten Folgen für die heimische Tierwelt. Denken Sie nur an die Aga-Kröte oder den Ochsenfrosch, die alles fressen, was ihnen vors Maul kommt. Der Klimawandel begünstigt dabei nur noch die Verbreitung und Vermehrung dieser wärmeliebenden Arten.
Kommen wir aber noch einmal zurück zum SPD-Antrag. Die SPD schlägt ein „Österreichisches Modell“ zur Zucht von Hund und Katze vor, mit Sachkundenachweisen als Züchter oder Züchterin, Dokumentations- und Kontrollpflichten der Zuchttiere. Aber reicht das aus, Qualzuchten zu verhindern, wenn man sich solche Tiere leicht aus dem Urlaub aus einem Kofferraum heraus an einer Autobahnraststätte besorgen kann?
Ich habe im Umweltausschuss bereits vorgeschlagen, dass Züchtungen, die auf einen genetischen Defekt basieren wie beim „Blauen Dackel“ oder „Dalmatiner“ generell gesetzlich verboten werden sollten. So hätte man zumindest schon einmal einen Großteil an Qualzuchten verhindert, die sich eben nicht allein als Zuchtmerkmal einer einzelnen Rasse verstehen, sondern genereller Natur sind. Der Merle-Gen-Defekt des „Blauen Dackels“ zum Beispiel ist auch in anderen Hunderassen üblich und ein solches Gesetz würde auch bei Kreuzungen verschiedener Rassehunden greifen. Eine typische Reaktion von skrupellosen Tierhändlern übrigens, die Gesetze durch Einkreuzungen umgehen wollen.
Und ja, über angezüchtete Anomalien, wie Kurzschnäuzigkeit oder Haarlosigkeit, müssten wir uns noch einmal intensiv unterhalten, denn die würde so ein Gesetz nicht erreichen.
Zum Antrag der Koalition möchte ich sagen, dass mir das wirklich zu dünn ist. Leider bleibt der Antrag weit hinter den Forderungen der SPD zurück. Kein substanzieller Inhalt, wie den Tierheimen oder den betroffenen Kommunen geholfen werden soll. Gesprächs- und Austauschformate sollen es sein. Damit ist aber keinem Tierheim geholfen, das jetzt unter der Last erdrückt wird. Der Antrag ist ein zahnloser Tiger.
Und wo wir bei exotischen Großkatzen sind, möchte ich den Punkt des SPD-Antrags aufgreifen, wo es um Wildtiere in Zirkussen geht. Seit Jahren setzen wir uns hier im Landtag fraktionsübergreifend für ein für ein bundesweites Verbot von Wildtieren in Zirkussen ein. Bisher leider erfolglos. In 2021 wurde eine Initiative im Bundesrat mit der genannten Zielsetzung abgelehnt. Wir sind in der Sache also noch keinen Schritt weitergekommen.
Bevor wir also wieder mit einem Verbot scheitern, sollten wir gegebenenfalls andere Wege ausloten, wie das Problem gelöst werden kann. Beispielsweise

indem der Handel und die Neuanschaffung oder Nachzucht solcher exotischen Tiere in Zirkussen untersagt wird, verbunden mit entsprechenden Übergangsregelungen.